

Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege in Bayern  
Lessingstraße 1 | 80336 München

Bayerisches Staatsministerium  
für Umwelt und Gesundheit  
Abteilung 2  
Herr MDgt Dr. Gerhard Knorr  
Postfach 810140  
81901 München

Datum: 12.09.2011

**Streichung der Fördermittel für Kurse und Freizeiten für Menschen mit einer psychischen Erkrankung und für Investitionskosten für Tagesstätten und Wohngemeinschaften**  
**Anmerkungen zur psychiatriepolitischen Entwicklung in Bayern**

Sehr geehrter Herr Dr. Knorr,

nach diversen mündlichen Einwendungen der Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege in Bayern (LAGFW) und anlässlich der Ankündigung des Bezirks Mittelfranken, seinerseits die Kofinanzierung obiger Maßnahmen zu streichen, möchten wir noch einmal mit aller Nachdrücklichkeit schriftlich gegen die geplanten Kürzungen des StMAS im Bereich Psychiatrie protestieren.

Die Absicht im StMAS, die wegfallende Förderung durch eine Ausweitung der Förderung bei den Bezirken zu kompensieren, ist als misslungen anzusehen. Es droht vielmehr die Gefahr, dass diese Kürzung darüber hinaus noch weitere Einschränkungen für Menschen mit einer psychischen Behinderung nach sich ziehen wird, weil weitere kommunale Kofinanzierungen gestrichen werden könnten.

Die LAGFW, Angehörige, Psychatrieerfahrene und Psychosoziale Arbeitsgemeinschaften haben darauf hingewiesen, dass diese – durchaus überschaubaren – Investitionen ein vergleichsweise hohes Maß an Lebensqualität für chronisch psychisch kranke Menschen bedeuten. Darüber hinaus hat dieser niedrigschwellige Bereich auch ein großes Potential für eine sozialraumorientierte psychiatrische Versorgung. Anstatt dieses Potential aufzugreifen, wird mit der Streichung einer inklusiven Psychiatriepolitik eine klare Absage erteilt.



Arbeiterwohlfahrt  
Landesverband  
Bayern e.V.

Arbeiterwohlfahrt Landesverband Bayern e.V.



Bayerisches Rotes Kreuz



Deutscher Caritasverband  
Landesverband Bayern e.V.



Paritätischer  
Wohlfahrtsverband  
Landesverband Bayern e.V.



Diakonisches Werk der  
Evangelisch-Lutherischen  
Kirche in Bayern e.V.



---

## LAG FW

Tel.: 089 54497-0  
Fax: 089 5328028

info@lagfw.de  
www.lagfw.de

Bank für Sozialwirtschaft AG  
BLZ 70020500  
Kto.-Nr. 9800000

## Vorsitz 2011

Paritätischer  
Wohlfahrtsverband  
Landesverband Bayern e.V.

Die Freie Wohlfahrtspflege will den weitgehenden Übergang der Zuständigkeit für psychiatrische Belange vom StMAS zum StMUG nicht grundsätzlich in Frage stellen. Wir stellen aber fest, dass der Zuständigkeitswechsel nicht konsequent vollzogen bzw. ungenügend abgestimmt ist und wichtige Bereiche dadurch in Mitleidenschaft gezogen werden. Die für eine psychiatriepolitische Gestaltung notwendigen Haushaltsmittel - auch die oben angesprochenen für den niedrigschwelligen Bereich - sind nicht an das StMUG übergegangen.

Von Haus aus liegt der Fokus des StMUG im Schwerpunkt bei der medizinischen Versorgung. Der chronisch kranke Bürger in seinen sozialen Bezügen tritt davor in den Hintergrund. Eine Psychiatriepolitik der bayerischen Staatsregierung muss aber darstellen und Signale setzen können, wie seelisch behinderte Menschen bei Maßnahmen und innerhalb der Strukturen ganzheitlich Berücksichtigung finden. Die Psychiatriegrundsätze haben - wenn auch zu unverbindlich - die Ganzheitlichkeit thematisch aufgegriffen. Derzeit findet sich dieses breite Spektrum der psychiatrischen Versorgung im Vorgehen der beiden Ministerien aber nur unzureichend wieder.

Neben der Streichung der Fördermittel und der "Medizinlastigkeit" ist auch die Nicht-Berücksichtigung der Belange seelisch behinderter Menschen im Entwurf des Aktionsplans ein Ausfluss dieser aus unserer Sicht falschen psychiatriepolitischen Entwicklungen innerhalb der Bayerischen Staatsregierung.

Wir bitten Sie daher eindringlich, die Streichung der Fördermittel zurückzunehmen, eine damit verbundene und darüber hinausgehende psychiatriepolitische Verständigung zwischen den beiden Ministerien herbeizuführen und die Belange von psychisch kranken Menschen explizit in den Bayerischen Aktionsplan aufzunehmen.

In der Anlage beigefügt, geben wir Ihnen unser Schreiben an die Gesundheits- und Sozialpolitiker des Bayerischen Landtages zur Kenntnis, mit dem wir auf die aus unserer Sicht problematischen Entwicklungen aufmerksam machen wollen.

Mit freundlichen Grüßen



Margit Berndl  
Vorsitzende

**Anlage**